

E-Mail

Medien Stadt Luzern

Luzern, 12. März 2025

Medienmitteilung Tätigkeitsbericht 2024 der Einbürgerungskommission der Stadt Luzern

Die Einbürgerungskommission behandelte im Berichtsjahr 2024 insgesamt 148 Einbürgerungsgesuche (Vorjahr: 228). 230 Personen wurde das Luzerner Stadtbürgerrecht zugesichert (Vorjahr: 307). Die Rangliste der Nationalitäten führt Deutschland an (80 Personen), gefolgt von Polen (14 Personen) und Kosovo und Syrien (je 11 Personen).

Die Einbürgerungskommission traf sich im Berichtsjahr 2024 zu zehn Sitzungen. Sie behandelte insgesamt 148 Einbürgerungsgesuche (Vorjahr: 228). 230 Personen wurde das Luzerner Stadtbürgerrecht zugesichert (Vorjahr: 307). Die Verwaltung startete im Frühling 2024 das Projekt, die heute im Einsatz stehende Fallführungssoftware abzulösen. Angestrebt wird eine vollständige digitale und medienbruchfreie Fallbearbeitung sowie eine digitale Sitzungsvorbereitung für die Kommissionsmitglieder. Wegen diesem Projekt standen den Mitarbeitenden weniger zeitliche Ressourcen für die Erledigung des Tagesgeschäftes zur Verfügung. Deshalb wurden weniger Gesuche bearbeitet.

Drei Gesuche mit 3 Personen wurden sistiert (Vorjahr: 4 Gesuche mit 6 Personen). Als Grund nannte die Einbürgerungskommission bei allen Gesuchen mangelnde staatsbürgerliche Kenntnisse. Abgelehnt wurde im Berichtsjahr kein Einbürgerungsgesuch.

Am meisten Personen eingebürgert wurden 2024 aus Deutschland (80 Personen), gefolgt von Polen (14 Personen) und Kosovo und Syrien (je 11 Personen).

Im Berichtsjahr eingegangen sind 301 Gesuche (Vorjahr: 209). Dies sind 92 Gesuche mehr als in den Vorjahren. Zurückzuführen ist dieser zunehmende Gesuchseingang auf die überwiesene Motion 25 «Proaktive Kommunikation und Informationsschreiben zur Einbürgerung». Jeden Monat werden durchschnittlich 80 Personen eingeladen zu prüfen, ob sie die Voraussetzungen für die Einreichung eines Einbürgerungsgesuchs erfüllen.

Per 31. Dezember 2024 waren 278 Gesuche pendent (Vorjahr 160). Um diese Pendenzen zeitnah abbauen zu können, erhält der Fachbereich Bürgerrecht ab Mitte 2025 personelle Verstärkung.